

„Spahn ist kein Fischfutter“

Gastkommentar von Sebastian Horsch

Es ist rund ein Jahr her, da war in den Kommentarspalten vieler Zeitungen zu lesen, die Kanzlerin habe ihren neuen Gesundheitsminister nur ernannt, um ihn den Haien zum Fraß vorzuwerfen. Das klang zunächst ganz plausibel. Denn das Amt, mit dem Angela Merkel (CDU) ihren parteiinternen Kritiker Jens Spahn betraute, gilt traditionell nicht gerade als Karrieresprungbrett. Eher im Gegenteil. Doch dann sollte sich schnell herausstellen, dass Spahn nicht so recht zum Fischfutter taugt. Stattdessen hat der junge Minister (38) in seinem ersten Jahr schon mehr gesundheitspolitische Instanzen vor den Kopf gestoßen, als es andere in einer gesamten Amtszeit wagen.

Den heftigsten Streit trägt er mit den Ärzten aus. Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz will der Minister niedergelassene Kassenärzte unter anderem dazu verpflichten, ihre Sprechstundenzeiten zu erhöhen – von 20 auf mindestens 25 Stunden wöchentlich. Für die Mediziner ist das ein Eingriff in ihre Selbstbestimmung. Sie laufen Sturm dagegen.

Fettabsaugung auf Kasse

Doch den Minister scheint Protest wenig zu beeindruckern. Er regiert mit harter Hand – und das auf allen Feldern. Spahn diktiert den Kliniken, wie viele Pflegekräfte sie einsetzen müssen. Er verpflichtet die Kassen, neue Pflegestellen zu bezahlen und Tarifierhöhungen zu refinanzieren. Obendrein sollen sie durch Beitragssenkungen ihre Rücklagen abbauen. Er droht den Apothekern und lockt sie gleichzeitig mit neuen Verdienstmöglichkeiten. Der Selbstverwaltung macht er klar: Wenn sie bei der Digitalisierung trödeln, reißt das Ministerium das Ruder an sich. Immer wieder zeigt sich: Wer nicht will wie er, den zwingt der Minister einfach. Selbst als der Gemeinsame Bundesausschuss – immerhin das höchste Gremium im Gesundheitswesen – Fettabsaugungen gegen Spahns Willen nicht zur Kassenleistung erklären will, droht der damit, solche Dinge künftig einfach selbst zu entscheiden. Dass das mitunter träge Verfahren einem durchaus sinnvollen Zweck dient – nämlich die Beitragszahler vor den Kosten



Foto: privat

Der Autor ist Politikredakteur beim Münchner Merkur mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Soziales.

für nutzlose Behandlungen zu schützen – scheint ihn nicht zu stören.

Konfrontativer Stil

Spahn hat politisch noch viel vor. Und um weitere Karrierestufen zu zünden, muss er als erfolgreicher Gesundheitsminister in Erinnerung bleiben. Er weiß, dass es bei den Wählern ankommt, wenn er Funktionären und Lobbyisten zeigt, wer das Sagen hat. Zudem steht er mit seinem konfrontativen Stil dauerhaft im Licht der Öffentlichkeit und hat auch die finanziellen Möglichkeiten, dort Akzente zu setzen. Er muss sich allerdings auch Urteile wie das des einstigen Wirtschaftsweisen Bert Rürup gefallen lassen. Der wirft dem Minister vor, er befasse sich vor allem mit publikumswirksamen Randthemen, statt endlich wirklich große Baustellen wie die Krankenhausfinanzierung anzupacken. Auch in der Pflege hat Spahn zwar auf viele Büsche geklopft, aber noch nicht viel verbessert. Und der Minister hat ein Problem: Er weiß nicht, wie viel Zeit ihm noch bleibt. Die wackelige Koalition mit der SPD droht zu kippen. Spätestens im Herbst kommt es wohl zum Showdown. Ob er danach noch Minister ist, ist völlig unklar. 2019 könnte für ihn somit zum Schicksalsjahr werden. Spahn hat mit seiner aggressiven Politik einigen vieles zugemutet. Er muss nun liefern.